

Posener Tageblatt



Bezugspreis: Ab 1. 7. 1932 Posen (Posen und Danzig) 4.39 zl.
Posen Stadt in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 4 zl.
durch Boten 4.40 zl. Provinz in den Ausgabestellen 4 zl., durch Boten
4.30 zl. Unter Streifband in Posen u. Danzig 6 zl. Deutschland und
übrig. Ausland 2.50 Rm. Einzelnummer 0.20 zl. Bei höherer Gewalt
Betriebsstörung oder Arbeitsniederlegung besteht kein Anspruch auf
Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Redaktionelle Zuschriften sind an die „Schriftleitung des Posener Tageblattes“, Poznań, Zwierzyniecka 6, zu richten. — Fernspr. 6105, 6275
Telegramm an: „Tageblatt“ Poznań. Postscheck-Konto in Posen:
Poznań Nr. 200283 (Concordia Sp. Akte, Drużyna i Wydawnictwo
Poznań). Postscheck-Konto in Deutschland: Breslau Nr. 6184.



Anzeigenpreis: Im Anzeigenteil die achtgehaltene Millimeterzeile 15 gr. im Textteil die viergehaltene Millimeterzeile 75 gr. Deutschland und übriges Ausland 10 bzw. 50 Goldpf. Platzvorrichtung und schwieriger Satz 50%. Aufschlag. Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Öffertengebühr 100 Groschen. — Für das Erheben der Anzeigen an bestimmten Tagen und Blättern und für die Aufnahme überhaupt wird keine Gewähr übernommen. — Keine Haftung für Fehler infolge unentzifferlicher Manuskripte. — Anschrift für Anzeigenaufträge: „Kosmos“ Sp. g. o. Poznań, Zwierzyniecka 6. Fernsprecher: 6275, 6105. — Postscheck-Konto in Posen: Poznań Nr. 207915, in Deutschland: Berlin Nr. 156102 (Kosmos Sp. g. o. Poznań). Gerichts- und Erfüllungsgericht auch für Zahlungen Poznań.



72. Jahrgang

Sonnabend, 14. Oktober 1933

Nr. 236

Und wenn die Abrüstungskonferenz zusammenbricht?

Ein Artikel Lord Johnes

London, 13. Oktober. In der „Daily“ behandelt Lord Johnes die zeitgenössische Frage, was werden soll, wenn die Abrüstungskonferenz zusammenbricht. In eindringlichen Worten fordert der vormalige Ministerpräsident eine gerechte und ehrliche Handlungsweise gegenüber Deutschland.

Der Fall liegt klar und einfach. Deutschland hat die Aufgabe seiner eigenen Entwaffnung vor mehr als zehn Jahren durchgeführt. Die vier Mächte haben seither ihre militärische Macht in jeder Richtung verstärkt. Das wehrlose Deutschland, all seinen Nachbarn auf Gnade und Ungnade preisgegeben, hat zehn Jahre lang die Mächte aufgefordert, das eindeutige Versprechen, das ihm gegeben worden ist, zu erfüllen. Die Forderung ist mit alter Verachtung behandelt worden. Deutschland hat das Gefühl, daß es durch einen Trick wehrlos gemacht worden ist. Frankreich beabsichtigt, den Vertrag von Versailles ohne Zustimmung der anderen Seite durch weiteren Aufschub der Abrüstung anker Kraft zu ziehen. Wenn Frankreich darauf beharrt, wird es eines vorsätzlichen Bruches seines eigenen Vertrages schuldig sein. Deutschland wird darauf antworten: Ihr habt einen der Hauptteile des Vertrages von Versailles zunichte gemacht, somit könnet Ihr nicht Klage führen, wenn wir ihn nicht länger als anwendbar betrachten!

Genauso wenig wie man Russland nach Kriegsende mit militärischen Vergeltungsmaßnahmen bekommen konnte, so auf diese Weise dem Bolschewismus nur noch einen festeren Halt gegeben habe, genau so wenig würde man auf solchen Wegen in Deutschland Erfolg haben, obwohl die Braunhemden mit ihrer unzulänglichen Ausrüstung zu einem ernsthaften Widerstand unfähig seien. Das Deutschland vom Jahre 1933 sei nicht das des Jahres 1923, das den Rheinbruch nur mit passivem Widerstand beantwortete.

Wer wird Rostings Nachfolger?

Festgesahrene Verhandlungen

Genf, 12. Oktober. Die Verhandlungen über die Ernennung des neuen Danziger Völkerbundskommissars sind vollständig abgeschlossen. Nachdem Rosting unter dem außerordentlichen Druck des Völkerbundsekretariats das polnisch-Danziger Angebot ablehnen mußte, war der frühere holländische Außenminister van Caelebeek vorgeschlagen. Er zeigt aber keinerlei Neigung, ihn zu übernehmen. Eine andere, von englischer Seite unterstützte Kandidatur stößt auf den Widerstand der polnischen Regierung. Wie verlautet, soll jetzt von englischer Seite damit gedroht werden, sie, daß die englische Regierung nun mehr die ganze Angelegenheit von sich aus in einer Geheimhaltung des Völkerbundsrates zur Sprache bringen werde. Infolge der endlosen Verschleppung ist der Danziger Senatspräsident Dr. Rauschniński gezwungen, noch weiter in Genf zu bleiben.

Der russisch-japanische Streit Russische Truppentransporte....

Charbin, 13. Oktober. (Reuter.) Passagiere der ostsbirischen Eisenbahn berichten, daß alle 45 Minuten russische Truppenzüge nach Osten passieren und daß die Truppen von Mandchukuo sich in der Nähe von Harbin konzentrieren. Das Geschäftsladen in Charbin ruht völlig. Bankiers und Kaufleute warten auf eine Entscheidung, die der jetzigen Unsicherheit ein Ende machen und ihnen zeigen wird, in welche Richtung sich die Dinge entwickeln werden. Der heilige Sowjetgeneralstabschef hat zum fünften Mal ohne Erfolg beim Außenministerium Protest eingereicht und die Freilassung der Sowjetbeamten der Eisenbahn verlangt.

Dreimächtefront gegen Deutschland?

Gemeinsamer Entwurf Frankreichs, Englands und Amerikas über die Abrüstungsverhandlung?

Paris, 13. Oktober. Über die Abrüstungsberatungen des gestrigen Ministerrates erklärt Havas in einem Stimmungsbild, die Verhandlungen hätten ergeben, daß Frankreich, England und die Vereinigten Staaten einer „Ausrüstung Deutschlands“ gleich ablehnend gegenüberstehen.

Nach den Verhandlungen in Paris und nach den Verhandlungen in Genf sei man nun so weit, daß man gestern beschlossen habe, es sollten sich Sachverständige der drei Delegationen, und zwar Maginot-Frankreich, Cadogan für England und Wilson und Dulles für Amerika an die Arbeit machen, um diese gemeinsame Ansicht in einen Text mit mehreren Artikeln zu fassen. Dieser Text könnte Ende der Woche ausgearbeitet sein und die Grundlage kommender Diskussionen bilden, sei es, daß er den deutschen Delegierten unterbreitet werden würde, sei es — und das sei wahrscheinlicher —, daß er

in Form eines Entschließungsentwurfs dem Büro der Abrüstungskonferenz vorgelegt werde. In diesem Fall würde er Gegenstand der Beratungen des Hauptausschusses sein, der am 16. Oktober zusammentritt. Es scheine, daß gewisse Delegationen die Möglichkeit einer Herabsetzung der Bewährungszeit ins Auge fassen. Hierzu sei zu bemerken — so heißt es in der Havas-Ausschaffung weiter —, daß eine solche Herabsetzung politische Vorteile im Hinblick darauf mit sich bringen könnte, daß sie die Zustimmung Deutschlands zu dem allgemeinen Abrüstungsabkommen erleichtern könnte. Aber die von Frankreich vorgeschlagenen vier Jahre entsprachen gewissen praktischen Begebenheiten, die man schwerlich mißachten dürfe.

Die französische Presse begrüßt im großen und ganzen die Mitteilung, daß der gestrige französische Ministerrat die angebliche gemeinsame Erklärung, die von den drei Mächten England, Frankreich und Amerika vorbereitet worden sei, gutgeheißen habe. Diese Erklärung werde, wie die Blätter wissen wollen, die wesentlichen

Grundsätze des neuen Abrüstungsabkommen-entwurfs präzisieren.

Der Genfer Berichterstatter des „Journal“ will erfahren haben, daß die der allgemeinen Abrüstungskommission vorzulegende „gemeinsame“ Erklärung nicht länger als 1½ Seiten sei.

Ein erster Artikel betreffe die Opposition gegen jedes Aufrüsten Deutschlands, der zweite die Frage der Probezeit und der dritte die Organisation der Kontrolle. Die Ausführungsbestimmungen blieben allerdings noch zu präzisieren.

Die allgemeinen Grundsätze, auf denen sich diese Erklärung angeblich aufbaut, werden vom „Journal“ folgendermaßen umrissen:

1. Aufrechterhaltung der engen französisch-englisch-amerikanischen Solidarität.

2. Entschlossenheit der drei Regierungen, auf keinen Fall in eine Aufrüstung Deutschlands während der Probezeit einzustimmen, abgesehen von gewissen Rüstungsmaßnahmen, die die Umstellung der Reichswehr auf eine Zahl von 200 000 Mann notwendig machen können und die sich nur auf die im Versailler Vertrag erlaubten Waffen erstreden dürfen: die Gewehre, Maschinengewehre und leichten Geschütze.

3. Beibehaltung der vorgesehenen Frist für die Probezeit; Sir John Simon habe dem französischen Standpunkt beigeplättet, daß sie vier Jahre betragen sollte.

4. Beibehaltung des automatischen ständigen Charakters der Kontrolle zwecks genauer Ausführung des Abkommens.

5. Ausschluß der Herabsetzung des schweren Kriegsmaterials und der Erhöhung für Deutschland, die Defensivwaffen zu bestimmen, die alsdann allen Signatarien des Abkommens bewilligt werden würden, bis zum Abschluß der vierjährigen Probezeit, falls sich diese als wirksam herausstellen sollte.

Bemerkt wird von der französischen Presse das Verhalten der italienischen Delegation, die bei der Ausarbeitung eines derartigen Entwurfs sich abseits gehalten hat.

Englisch-amerikanisch-italienische Vereinigung über Frankreich

Paris, 13. Oktober. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ hat seinem Blatt folgendes Telegramm aus Genf übermittelt: Die über den Beschluss des französischen Ministerrates gegebene Veröffentlichung des genauen Gegenstandes der Genfer Verhandlungen hat Norman Davis stark verstimmt. Ihm misfällt, daß die Erörterungen so hingestellt werden, als wäre er geneigt, gegen Deutschland zusammen mit Frankreich und England Front zu machen. Auch in englischen Kreisen ist man ziemlich betreten. Infolgedessen ist es möglich, daß der Erklärungsentwurf die Form eines einfachen englischen Vorstages erhält, der bei dem Büro der Abrüstungskonferenz in kürzester Zeit eingereicht würde.

Genf, 13. Oktober. Die Mitteilungen, die heute vormittag in englischen und französischen Kreisen über die Befreiungen der Großmächte zu erlangen sind, laufen allgemein übereinstimmend dahin, daß der Gedanke an einen gemeinsamen Entschließungsentwurf, der den deutschen Forderungen entgegensteht werden sollte, aufgegeben worden ist. Es war beachtigt, daß ein Entschließungsentwurf mit dem Grundsatz der Nichtaufrüstung Deutschlands unmittelbar dem Hauptausschuß vorgelegt und daß dort eine öffentliche Aussprache, in der keine Macht ihrer Verantwortung ausweichen könnte, herbeigeführt würde. Eine Abstimmung, von der man die Isolierung Deutschlands erwartete, sollte die Debatte abschließen. Sowohl Italien als auch die Vereinigten Staaten haben die Beteiligung an diesem Vorgehen abgelehnt.

Gegenwärtig wird nur vor einer am Montag abzugebenden Erklärung des englischen Außenministers gesprochen, in der für die zweite Lesung des Macdonald-Plans die Berücksichtigung der drei Grundsätze: Nichtaufrüstung Deutschlands, Kontrolle und Verkürzung der Periode gefordert werden soll.

Warschau, 13. Oktober. Der Außenminister Beck ist gestern in Gesellschaft des Departementsdirektors Debicki nach Genf abgereist. Die Reise steht im Zusammenhang mit der Versammlung des Vorstandes der Abrüstungskonferenz und der Hauptkommission des Völkerbundes.

Nadolny in Berlin

Genf, 13. Oktober. Botschafter Nadolny hat sich heute im Flugzeug nach Berlin begeben, um der Reichsregierung über die Genfer Lage mündlich Bericht zu erstatten.

Die anderen Mächte verhandeln gegenwärtig über die Situation, die dadurch entstanden ist, daß Botschafter Nadolny gestern der englischen Auffassung die deutsche entgegenstellte hat. Die deutsche Delegation steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Unterzeichnung einer Konvention oder überhaupt die Annahme von Vorschlägen nicht in Frage kommt, sofern darin nichts vom Beginn der praktischen Verwirklichung der deutschen Forderung nach Verteidigungswaffen enthalten ist.

Botschafter Nadolny hatte gestern abend eine Unterredung mit dem englischen Außenminister, der vorher mit Norman Davis gesprochen hatte.

Der französische Außenminister Paul Boncour ist heute wieder in Genf eingetroffen.

Oesterreich und Mussolini „Exportartikel“

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Dr. Z. Rom, Anfang Oktober.

Nichts hätte dem starken Manne Österreichs gelegener kommen können als das alberne Attentat. Damit übernimmt der Diktator wieder ein Stückchen von dem Nimbus seines großen Bruders in Rom, dessen blutiges Taschentuch heute als kostbare Relique unter Glas und Rahmen in der faschistischen Revolutionsausstellung zu sehen ist. Zwar war es ein Revolver ohne Durchschlagskraft, der in Wien wie auf dem Kapitol theatralisch losging, aber an psychologischer Wirkung reicht er an berühmte Kanonen heran. Duce und Papst, die Staatslenker aller Nationen fanden Gelegenheit, Dr. Dollfuß ihre Sympathie zu bezeigen. In Genf weckte der Schuß ein bemerkenswertes Echo. Und zufällig fällt eine römische Mahnung an Hitler, seine Unterführer zu zügeln, damit zusammen. Offenbar bricht nach der Meinung Mussolinis jetzt in Deutschland die Zeit der „Ras“ an, der Provinztyrannen, die dem Duce lange zu schaffen machten.

Es wäre aber ein verhängnisvoller Fehler, wenn man in Wien aus diesen Episoden weitergehende Schlüsse ziehen würde. Der selbe „Popolo d'Italia“, Mussolinis Tribüne, möchte keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß die Rettung Österreichs nur über den Faschismus erfolgen kann. Daß der Faschismus kein Exportartikel sei, das war eine schöne Illusion der Leute, die die Dinge nicht so, geschildert haben wollen, wie sie sind, sondern so, wie sie es gern haben möchten. Manche Zeitungen verlangten es so von ihren Beobachtern in Rom wie in Berlin, manche Diplomaten gefielen sich in dem Spiel mit Wunschträumen, manche Politiker setzten den Vater des Gedankens als konkreten Faktor in ihre Rechnung ein. Kein Wunder, wenn die Geschichte den üblichen Irrtums- und Obligovorbehalt unter solche Bilanzen setzte. Leider und Völker plötzlich aus den Wolken fielen. Wie lange ist es denn her, daß man dem Ausland suggerierte, Hitler sei ein Charlatan und seine Anhänger nur eine „Winterpartei“, die niemals einen Frühling erleben werde? Heute macht man sich ganz ähnliche Illusionen über Österreich und seine „braune Pest“.

Italien bleibt nüchtern. Für Rom bildete der Umschwung in Deutschland keine Überraschung, der Sieg des Faschismus in Österreich ist ihm nur eine Frage der Zeit. Es versteht nicht, wie man noch immer unter anderen schlechtersunden Aneddoten über Mussolini die von dem ungangbaren „Exportartikel“ fortportieren kann. Sie hat der gewesene Bizekanzler Österreichs in seinem Schwanengesang versichert — die „Neue Freie Presse“ brachte die Sache als Interview — Mussolini habe wiederholt gesagt, daß der Faschismus kein Exportartikel sei.

Dazu überläßt nun der Duce seinem „Popolo d'Italia“ das autoritäre Wort. Wir wollen es genau übersetzen:

„Vor einigen Jahren gewährte Mussolini dem damaligen Leiter des damals demokratischen „Berliner Tagesschriften“, Theodor Wolff, ein Interview, in dem er erläuterte, daß der Faschismus eine universale Idee sei, wenn er auch seiner typisch italienischen Form und Bedeutung nach nicht ohne weiteres in andere Länder verpflanzt werden könne. Wolff, der Demokrat legte den Akzent auf die zweite Hälfte des Saches, indem er aus innerpolitischen, hitlerfeindlichen Gründen die erste überging. So wurde aus einer Sentenz ein falscher Meinplatz. Das war im Jahre 1928. Aber schon im Oktober des nächsten Jahres stellte Mussolini die Sache wieder richtig, indem er sich — und wir möchten ganz entschieden die Aufmerksamkeit der Winkler, der vergangenen, der gegenwärtigen wie der künftigen

Minderheitenpetitionen aus Polen und Deutschland

Letzte Arbeiten im Völkerbundsrat

Das Schlagwort, daß der Faschismus kein Exportartikel sei, stammt nicht von mir. Es ist zu banal. Es wurde von irgendeinem für solche Leser in Umlauf gebracht, die Ausdrücke aus dem Geschäftesleben brauchen, wenn sie etwas verstehen sollen. Wie dem auch sei, ich erkläre heute, daß der Faschismus seiner Idee, seiner Lehre und seiner Wirkung nach universalen Charakter hat. Italienisch in seinen reinalienischen Einrichtungen, universal in seinem Geiste. Es kann auch nicht anders sein. Folglich läßt sich ein faschistisches Europa voraussehen, ein Europa, das theoretisch und praktisch der faschistischen Spur folgt. Ein Europa, das in faschistischem Sinne das Problem des modernen Staates löst, des Staates im zwanzigsten Jahrhundert, der so verschieden ist von den Staatsystemen, die vor 1789 bestanden oder sich nachher bildeten."

Zum Schlüsse betont der „Popolo d'Italia“ noch einmal, daß dieses „Entrefilet“ eigentlich für Seine Exzellenz Winkler bestimmt sei, zur gefälligen Ruhwwendung. Für die verschiedenen Winkler.

Wer nun noch nicht weiß, wie man in Rom, wie insbesondere Mussolini persönlich über die innere Lage Österreichs denkt, über die Verfolgung der faschistisch-nationalsozialistischen Idee, dem ist nicht zu helfen. Illusionen sind eine schöne Sache, gut geeignet für die Genfer Rednerschule. Zu Hause sehen die Dinge etwas anders aus.

Titulescu in Sofia

Berlin, 13. Oktober. Gestern früh kam der rumänische Außenminister Titulescu zu einem offiziellen Besuch nach Sofia.

Der Besuch ist ein neuer Beweis der gesteigerten Aktivität, die etwa seit Schöpfung des Biermächtepates die Außenpolitik der Donau- und Balkanstaaten kennzeichnet. Bei den verschiedenen Kombinationen, die unter dem Stichwort „Ballan-Locarno“ erörtert werden, spielt Bulgarien eine wichtige Rolle. Die Beziehungen dieses Landes, das unter den harten diskriminierenden Bestimmungen des Vertrages von Neuilly zu leiden hat, zu seinen günstiger gestellten Nachbarn sind keineswegs freundschaftlich zu nennen. Dies gilt vor allem für Jugoslawien, mit dem Bulgarien dauernd wegen der Mazedonier in Streit lag, und für Griechenland, das den einzigen Zugang Bulgariens zum Schwarzen Meer, dem Hafen Varna, durch den erwähnten Friedensvertrag zugesprochen erhält. Während die bulgarische Regierung sich bis vor kurzem wenigstens der Unterstützung der Türkei sicher glaubte, ist sie durch den Abschluß des griechisch-türkischen Grenzgarantie- und Freundschaftspakts vom 14. September enttäuscht und verstimmt worden. Sie hat es dann auch abgelehnt, diesem Pakt beizutreten, obwohl die in Sofia weilenden türkischen Staatsmänner sich mit allen Kräften dafür einsetzen. Die Antwort Bulgariens war vielmehr ein zweimaliges, kurz nacheinander erfolgendes

Zusammentreffen des Königs Boris mit König Alexander von Jugoslawien.

Man hat diese Besuche und die gleichzeitige Gründung von Gesellschaften zum Studium der jugoslavischen Beziehungen in Sofia allgemein als Vorläufer einer beginnenden Entspannung ausgelegt. Auch der Besuch Titulescus, bei dem eine Reihe von Einzelfragen erörtert werden, kann in ähnlicher Weise bewertet werden. Daß Bulgarien aber nicht gewillt ist, seine berechtigten Revisionswünsche der kleinen Entente zuliebe preiszugeben, ist durch den bulgarischen Ministerpräsidenten in den letzten Tagen mehrfach betont worden. Nachdem er erst am 11. Oktober in einem Interview mit dem „Martin“ erklärt hatte, daß Bulgarien außerhalb aller Kombinationen zu bleiben wünsche, präzisierte er den bulgarischen Standpunkt gestern dahin, daß Bulgarien jede Initiative begrüße, die unter Berücksichtigung der legitimen Interessen alle Streitfragen zu beseitigen bemüht sei. Diese Anspielung ist von dem rumänischen Außenminister auch verstanden und mit einem Hinweis auf die „Achtung vor den Verträgen“ beantwortet worden. Die tiefste Kluft, die in Wahrheit Bulgarien von den „Siegerstaaten“ des Balkans trennt, ist trotz aller „freundschaftlichen Hilfen“ auch gestern wieder deutlich zu erkennen gewesen.

Die Ideale der deutschen Jugend

Ein Interview mit dem Reichsjugendführer

Amsterdam, 12. Oktober. Das „Allgemeine Handelsblad“ veröffentlichte heute abend im Rahmen seiner Artillerie „Auffassungen in und über das neue Deutschland“ eine Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit dem Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der sich energisch gegen die Entstellungen der Auslands presse wandte. Solche Journalisten, die behaupten, daß wir die deutsche Jugend an Soldatenleben gewöhnen, haben keine Vorstellung von der tatsächlichen Lage der Dinge. Der Wille zur Kameradschaft, der heute die deutschen Jungen zusammenhält, die Freude dieser Jungen am Inhalt der neuen Zeit in Deutschland und die Fahnen und Wimpel und Abzeichen dieser Jugend, was haben sie mit Soldaten zu tun? Ich bin bereit, jedem Journalisten der Welt, der ein objektives Bild von der neuen deutschen Jugenderziehung haben möchte, Einblick in alle Einrichtungen der Hitlerjugend zu verschaffen.

Gens, 13. Oktober. Der Völkerbundsrat hat gestern nachmittag eine Anzahl von noch auf seiner Tagesordnung stehenden Restfragen erledigt. In rascher Folge wurden zunächst die Berichte über die letzten Tagungen des Finanzkomitees, die sich mit der Finanzlage von Österreich, Bulgarien, Griechenland, Ungarn und Rumänien beschäftigten, angenommen.

Unter Stimmenthaltung des deutschen Vertreters gelangte der von dem portugiesischen Ratsmitglied erstattete Bericht über die Organisierung einer internationalen Hilfe für die aus Deutschland kommenden jüdischen und anderen Flüchtlingen zur Behandlung. In diesem Bericht wird der amtierende Ratspräsident beauftragt, im Namen des Völkerbundsrates alsbald die Ernennung des Oberkommissars im Einvernehmen mit dem Rechtsrat und den Regierungen von Spanien, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und der Tschechoslowakei vorzunehmen. Zur Beteiligung an dem zu schaffenden Verwaltungsrat sollen außer den bereits genannten Ländern noch eingeladen werden: Polen, Belgien, die Schweiz, Dänemark, Schweden, die Vereinigten Staaten, Argentinien, Brasilien und Uruguay. Die interessierten privaten Organisationen sollen zur Beratung und Mitarbeit herangezogen werden, und zwar soll der Verwaltungsrat die Auswahl treffen. Der

französische Stellvertreter stimmte dem Bericht ausdrücklich zu und sprach den Wunsch aus, daß die vorgeschriebenen Verhandlungen recht bald in Gang kommen.

Hierauf wandte sich der Völkerbundsrat den noch auf seiner Tagesordnung stehenden österreichischen Minderheits-Petitionen zu. In der heraus komplizierten Eingabe des Deutschen Volksbundes wegen des St. Julius-Hospitals in Rybnik hat das vom Rat eingesetzte Juristenkomitee ein ausgezeichnetes Gutachten erstattet, in dem der deutschen Auffassung beige pflichtet wird. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Tagung des Völkerbundsrates vertagt.

In der Eingabe des Bundes der Polen in Deutschland wegen der Aenderung des Reichswahlgesetzes wird darüber Klage geführt, daß die polnische Minderheit in Oberschlesien durch diese Änderung benachteiligt worden sei. Die deutsche Regierung hat in ihrer Stellungnahme zu der Eingabe eingehend dargetan, daß die Be schwerde des Polenbundes völlig unbegründet war, die polnische Minderheit durch die für das ganze Reich gültige Änderung des Reichswahlgesetzes in keiner Weise benachteiligt worden ist und daß die polnische Partei nach den Ergebnissen der vorhergehenden Wahl sowie bei weitem nicht die genügende Stimmenzahl zur Erlangung eines Reichstagsmandates aufgebracht hatte.

Der Völkerbundsrat hat sich in dem gestern angenommenen Bericht die deutsche Auffassung zu eigen gemacht.

Die Tötung des Kommunisten Pieutsch ist von dem Bunde der Polen in Deutschland zum Gegenstand einer Beschwerde beim Völkerbundsrat gemacht worden mit der Begründung, daß die Tat wegen der Zugehörigkeit Pieuchs zur polnischen Minderheit in Deutschland Oberschlesien erfolgt sei und deshalb die Unsicherheit darlege, in der sich die polnische Minderheit in Oberschlesien befindet. Die deutsche Regierung hat in ihrer Stellungnahme zu der Eingabe nachgewiesen, daß Pieutsch Kommunist war und die Tötung in keinem Zusammenhang mit seiner Minderheitsangehörigkeit stand. In dem von dem Rat gleichfalls ohne Debatte angenommenen Bericht wird festgestellt, daß die Unruhigung der polnischen Minderheit in erster Linie auf die unzutreffende Darstellung der Angelegenheit in der Presse zurückzuführen ist. Der Bericht gibt der Zuverlässigkeit Ausdruck, daß unabhängig von dem vorliegenden Falle die Behörden die Gewähr für ein vertrauensvolles Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit bieten.

Weitere Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen

Berlin, 12. Oktober. Der Staatsrat, der von morgens 10.30 Uhr bis abends 7 Uhr tagte, behandelte die Frage der Sicherung der im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bisher erzielten Erfolge sowie die Frage der Vorbereitung weiterer Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Frühjahr. Ministerpräsident Goering nahm zu Ausführungen einzelner Staatsräte Stellung. Außerdem äußerten sich weiterhin zu den angeschnittenen Fragen Reichsminister der Finanzen Graf Schmerling von Krosigk, Reichsarbeitsminister Seldte, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Darre, Reichswirtschaftsminister Dr. Schmidt, Staatsminister Dr. Popitz, Staatsminister Rust und der Führer der deutschen Arbeitsfront Dr. Ley.

Ministerpräsident Goering sahte abschließend.

Lokaltermin klärt Widersprüche

Berlin, 13. Oktober. Nach eintägiger Unterbrechung wurde die Hauptverhandlung im Reichstagsgebäude wieder aufgenommen. Der Angekl. Dimitroff ist auch zur heutigen Verhandlung nicht zugelassen. Der Vors. erklärt nach Eröffnung der Verhandlung, die gestrige Augenzeugenaufnahme habe zur Klärung von Widersprüchen zwischen Zeugenaussagen und auch zur Erläuterung der Zeugenaussagen beigetragen. Insbesondere fuhr der Vors. fort, haben Zeugen zum Teil in Abweichung von ihrer Aussage nicht bekunden können, daß es mehr als einer gewesen ist, der eingestiegen ist, auch nicht, daß mehr als einer im Erdgeschoss hinter den Glasfenstern entlanggelaufen ist. Es konnte auch nicht bestätigt werden, daß dieser eine, der unten entlanggelaufen ist, eine Jacke getragen hat. Die Besichtigung gestern hatte nur den Zweck, über die Ortsverhältnisse und die Beleuchtungsverhältnisse für diejenigen, die die Tat aburteilten haben, einigermaßen Klarheit zu schaffen.

Oberrechtsanwalt Dr. Werner behält sich vor, später darauf zurückzukommen, ob es wirklich als bereits feststehend angesehen werden kann, daß unten nur ein Mann gelaufen ist. Der Verteidiger der drei bulgarischen Angeklagten Rechtsanwalt Dr. Teichert, überreicht bei Beginn der Verhandlung eine ganze Reihe von Beweisanträgen.

hend das Ergebnis der Staatsratsitzung zusammen und kündigte an, daß die in der Sitzung angeschnittenen Probleme demnächst in einer Arbeitstagung des Staatsrats in Berlin weiter beraten werden.

Neue Gerüchte über Kabinetsänderungen

Warschau, 13. Oktober. Über bevorstehende Kabinetsänderungen mehrere die Gerüchte. Es werden jetzt wieder andere Ministerposten als für die Umgestaltung des Kabinetts in Frage kommend genannt, und zwar spricht man vom Innenministerium, vom Wohlfahrtsministerium sowie vom Industrie- und Handelsministerium. Es verlautet ferner, daß der frühere Ministerpräsident Preissler wieder in das Kabinett eintreten soll.

Ein polnischer Geschwaderflug nach Bukarest

Warschau, 13. Oktober. Unter dem Oberbefehl des Obersten Rätsels sind gestern 32 Jagdflugzeuge polnischer Konstruktion nach Lemberg gestartet, von wo das Geschwader nach Rumänien weiterfliegt, um den rumänischen Fliegern einen Gegenbesuch abzustatten.

Die Arbeitslosenziffern wachsen

Warschau, 13. Oktober. Wie aus den Berichten der staatlichen Arbeitsvermittlungsmäler aus ganz Polen hervorgeht, war am 7. d. Mts. die erste Junihälfte der Arbeitslosigkeit seit mehreren Monaten zu verzeichnen. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen betrug an diesem Tage 202 565 Personen, d. h. 2532 Personen mehr als in der Vorwoche.

Rozwój-Zwangskurator

Warschau, 13. Oktober. Das Regierungskommissariat hat den Reserve-Oberleutnant Jan Kuska zum Zwangskurator der verbotenen antisemitischen Gesellschaft „Rozwój“ ernannt. Der Kurator soll das Vermögen der Gesellschaft überwachen.

Zusammenstöße in Danzig

Die amtliche Poln. Telegr.-Agentur bringt eine Meldung aus Danzig, in der von angeblichen Gewalttaten Danziger Nationalsozialisten, die eine polnische Gastwirtschaft und die Wohnung eines Flisakowski demoliert haben sollen, die Rede ist. Eine Stellungnahme der Danziger Presse zu diesen Nachrichten liegt noch nicht vor.

Disziplinarrichter für Hochschulen

Warschau, 13. Oktober. Im Kultusministerium wird jetzt eine Liste von 70 Disziplinarrichtern für sämtliche Hochschulen aufgestellt. Die Disziplinarrichter werden aus der Mitte von Kandidaten, die die einzelnen Senate in Vorschlag bringen, bestätigt.

Gründliche Revision des Steuersystems im nächsten Jahre?

Im Finanzministerium sind in diesen Tagen Arbeiten an einer Änderung der Steuerformen begonnen worden. Sie umfassen alle direkten Steuern, die Kommunalsteuern nicht ausgeschlossen. Man nimmt an, daß im nächsten Jahre an eine konkrete Revision des Steuersystems herangetreten werden könnte.

Der „Kurjer Poznański“ tritt in einem Leitartikel dafür ein, daß die durch die hohe Deckung der Anleihe hervorgerufene Lage dazu benutzt würde, wenigstens eine teilweise Steuerreform durchzuführen. Die Steuerreform gehörte zu den Fragen, von denen ich viel gesprochen, für die aber fast nichts getan wurde. Daher würden neue Steuern geschaffen, ohne die alten anzutasten. Was die Grundsteuern betrifft, so wäre es am besten, sie gänzlich der Selbstverwaltung zu überlassen. Die vor zwei Jahren eingeführten Erleichterungen in der Umsatzsteuer würden jetzt „zurückverkonsolidiert“. Das sei durch die außerordentliche Vermögensabgabe geschehen, und nun stehe eine weitere Verjährungszeit in Gestalt der sog. Interventionssteuer bevor. Statt einer Besserung des Steuersystems werde eine neue Steuerordnung vorbereitet. Hauptpunkt dieser neuen Steuerordnung soll die völlige Auschaltung des bürgerlichen Faktors aus der Steuerveranlagung und den Berufskommissionen sein. Dieses Projekt werde in einem Augenblick diskutiert, in dem das Ergebnis der Anleihe von den Sanierungstreinen als Beweis des Vertrauens der Bevölkerung zur Regierung interpretiert wird. Die Anleihe sei eine vorläufige Einstellung, die aber eine gründlichere Kur ermögliche, an die herangetreten werden müsse.

Der „Dziennik Poznański“ schreibt zu der Steuerreform folgendes: Nicht ohne großes Interesse lesen wir von Einzelheiten einer großen Steuerreform, die im nationalsozialistischen Deutschland durchgeführt werden soll. Der Entwurf geht vor allem davon aus, daß es das Wohl der Steuerzahler erfordert, wenn das Steuerverfahren aufs äußerste vereinfacht wird. Alle Staats- und Kommunalsteuern sollen zusammengefaßt werden. Der Steuerzahler wird nur einen Zahlungsbefehl erhalten, die Zahlungstermine werden nur in geringer Anzahl angezeigt — vier- bzw. fünfmal im Jahre. Der Steuerzahler wird also mit dem Gerichtsvollzieher wenig in Berührung kommen, höchstens fünfmal im Jahre. Unseres Erachtens sollte man die deutschen Erträge bei der Ausarbeitung unserer neuen Steuerordnung sehr beachten. Die polnischen Steuerzahler würden aufsatzen, wenn ihnen die Erfüllung der Steuerpflichten vereinfacht würde. Heute plagt nicht die Veranlagung der Steuern, sondern das Verfahren, das den Steuerzahler tagelang von Pontius zu Pilatus laufen läßt, um eine unsinnige Steuerangelegenheit zu erledigen.“

Szene die Jugend

Beilage zum „Posener Tageblatt“

237/10

*Das
taubstumme
Kind*

Aus der Chronik derer von Bredenamp.

Am Fenster des Turmgemachs oben in der alten Bredenburg tauchte ein weißes Gesicht auf. Es war Ursula, die Burgbärrin. Sie hielt zitternden Herzens Ausschau, ob sich auch niemand der Burg näherte. Im breiten Wandbett, auf schneeweißen Linnen lag ihr einziger Sohn, Hans Joachim, Graf Bredenamp-Ohlendorf. Der Krieg tobte im Land. Der Graf hatte tapfer mitgefämpft, war aber schwer verwundet worden. Unter dem Schutz der Nacht hatte er sich, zu Tode erschöpft, durch den dichten Wald in das Haus seiner Väter geflüchtet, um hier zu sterben. Die Greifin hatte ihn mit Hilfe des alten Knechtes, des einzigen Schutzen, der ihr gehilfen, hinauf ins Turmgemach getragen und in den versteckten Alkoven gebettet. Nachdem sie seine schweren Wunden gefühlt und verbunden, war das Feuer gewichen, aber er lag, vom Blutverlust tief ermattet, regungslos in den Kissen. Nahte die letzte Stunde, oder wollte Gott das heiße Flehen der Mutter erhören und führte ihren Sohn der Genesung zu? Wenn er nur nicht von den Feinden bis hierher verfolgt wurde! Wenn sie ihn hier fänden, würden sie ihn unbarmherzig fort schleppen. —

Ferne Abendwölle loderten und warfen rote Lichter in die Scheiben des Turmgemachs. Blutig glühte es um die zackigen Fensterbogen. Die Gräfin beugte sich über den Kranken und horchte bang auf jeden Atemzug. Da klapperte vom Eingang her durch die Stille ein zartes Stimmenchen: „Ist Vater da?“ Sein Kind! Sein einziger Sohn! Sein heiliggeliebtes junges Weib hatte ihm vor Monaten, als er draußen im Kampfe stand, den Tod genommen. —

Dorch! — War das nicht Pferdegetrappel? Da stürzte der alte Knecht ins Gemach: „Fünf Reiter halten vor dem Tor!“ Mit fester Hand schloß die Gräfin die geheime Tür zum Wandbett — nahm den vierjährigen Knaben an die Hand und folgte eilends dem alten Knecht nach unten. „Wo ist der Schlossherr?“ Hart, wie ein Peitschenhieb klapperte die Stimme des Aufführers.

„Wir sind allein“, sagte ruhig die weibhafte Greifin. Er schaute in ihr vornehmes Gesicht — sah den festen

Willen im Auge des treuen Dieners und fühlte, daß er nichts erfahren würde. Er wandte sich seinem Gefolge zu: „Durchsucht das ganze Schloß!“ Er wußte, daß sie nichts finden würden. Da fiel sein Blick auf das Kind. Ein Hobnäpfchen flog um seinen Mund. Er nahm den Knaben auf den Arm und ging mit ihm beiseite. Er fragte — er neckte — er schmeichelte — doch das Kind antwortete — nichts. — Drohend fragte er die Burgfrau: „Warum spricht der Knabe nicht?“ Sie antwortete: „Er ist taubstumm.“ Da schwur er: „Sprecht Ihr die Unwahrheit, sollt Ihr sterben und die Burg in Flammen aufgehen.“

Er zeigte dem Kinde goldene Ringe und Ketten, lockte es mit Süßigkeiten und versprach ihm alles als Lohn für ein einziges Wort. Er drohte — stieß und schlug es, doch das Kind blieb — stumm, und rette so seinen Lieben das Leben und die Heimat.

Mit einem Fluch ritt der Feind von dannen. — — —

Hela Sander-Weiß.



„Wir sind allein“, sagte die Greifin ruhig

Wir gelangen nun zu einem ganz merkwürdigen Schluß, der den scheinbaren Widerspruch auf recht einfache Weise löst. Wenn irgend ein Stoff auf der Erdoberfläche so sehr erhitzt würde wie er im Erdinnern erhitzt ist, müßte er längst zu Gas geworden sein. Aber er liegt ja unter einer Schicht von sechs bis sieben tausend Kilometern Erdmasse, nämlich dem, was sich auf der gesamten Länge des Erd-Radius an Stoff befindet, und da ist es eben anders. Die Schichten zwischen Erdoberfläche und Mittelpunkt drücken — sie haben ein mächtiges Gewicht! — und dadurch wird der Schmelzpunkt und der Siedepunkt, das ist der Punkt auf dem der Stoff vergassen müßte, derartig erhöht, daß der Erdkern noch immer so hart und fest ist, als ob er aus hochwertigem Stahl bestünde.

Die Erde ist nicht wohl wie ein Gummiball, sondern im Gegenteil ein recht fester und solider Bau. Das Erdinnere würde sich erst in Gas verwandeln, wenn man die auf ihm lastenden Schichten wegnehmen könnte. Der Druck von innen jedoch ist nicht stark genug, um den festen Panzer zu sprengen, der ihn umgibt.

Wir haben uns noch nicht durch eigenes Schauen vom Zustande des Erdinnern überzeugt und wir werden das vorläufig auch so leicht nicht tun können, aber die wissenschaftliche Erfahrung lehrt, daß die Erde ein massiver Körper ist.

Woraus mag er nun bestehen? Unsere Erde ist höchst wahrscheinlich vor unendlich langer Zeit eine feurig-flüssige, glühende, leuchtende Sonne gewesen, hat sich erst nach bis zu der festen Kruste abgekühlt, auf der wir umherlaufen. Es gibt keine wissenschaftliche Erfahrung, die dagegen spricht, daß damals die schwersten Stoffe, die mit der „dichten Masse“ am meisten nach unten, also nach innen zu, gesunken. Gold, Eisen, Blei mögen sich wohl am tiefsten angelagert haben. Daß wir dieselben Stoffe auch in der Erdoberfläche noch finden, spricht mindestens nicht dagegen. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Erdkern in seiner größten Menge wirklich aus Eisen besteht.

Man will sogar behaupten, der Erdkern sei ein riesiger Magnet, der die Bewegung unserer Kompassnadel auf der Oberfläche beeinflusse. Aber hier erheben sich schon Stimmen dagegen, denn die Magnetnadel unterliegt ja auch elektrischen Einflüssen. Etwas Gewisses weiß keiner. Da gibt es noch mancherlei zu entdecken für die Forscher künftiger Geschlechter.

DIE QUITTING AUF DEM RÜCKEN

Oslo, die Hauptstadt Norwegens, zählt heute über eine Viertelmillion Einwohner, ist der größte Hafen des Landes und einer der großen Weltumschlagsplätze überhaupt. Aber es ist noch nicht allzu lange her, daß es sich diese seine Handelsbedeutung errungen hat. Um Anfang des vorigen Jahrhunderts wohnten dort oben im Norden am Fjord noch keine zehntausend Menschen, und die Verarbeitung von Holz und Fischen, aus der der heutige Reichtum der Stadt sich herleitet, geschah in so einfachen, man könnte fast sagen primitiven Formen, daß es lustig ist, eine Beschreibung der Geschäfte zu lesen, wie sie sich damals abspielten.

Der berühmte deutsche Geologe Leopold von Buch, welcher in jener Zeit Norwegen besuchte, gibt uns in seinen Aufzeichnungen eine Schilderung, wie damals zwischen Händlern und Lieferanten verrechnet wurde.

Wenn die Bauern ihre Bretter dem Aufseher abgeliert hatten, so schrieb ihnen dieser mit Kreide große Zahlen und Zeichen auf den Rücken, welche den Bretterherren den Ort anzeigen, von dem das Holz herstammte, und aus denen gleichzeitig die Menge der gefertigten Stämme und Bretter hervorgeht.

Hier läuft ein Widerspruch, denn die zunehmende Erhitzung nach innen zu ist doch nicht wegzuleugnen. Es ist aber nur ein scheinbarer Widerspruch.

Wir können leicht ausrechnen, daß schon bei 60 bis 80 Kilometer Tiefe die Größe erreicht werden, bei denen es keine festen Körper mehr gibt, bei der auch die Gesteine weich werden und fließen.

In der Mitte sind wir dann längst so weit, daß alles zu glühenden, leuchtenden Gasen

geworden sein müsste, so wie etwa auf der Oberfläche der Sonne, wo auch Eisen, Kali und Kiesel nachgewiesen sind. Aber hier stimmt etwas nicht!

Wir haben die Schmelzpunkte der uns bekannten Stoffe alle für die Erdoberfläche festgestellt, und in Wirklichkeit sind sie

beweglich, lassen sich bei veränderten Verhältnissen verändern.

Jedermann weiß, auf hohen Bergen gelingt es nie, in einem offenen Topf Fleisch weich zu kochen. Das Wasser kocht nämlich infolge des geringen Luftdrucks in jenen Höhen nicht bei 100 Grad, sondern schon viel früher. Man hat sich deshalb den Papinschen Topf geschaffen, der zugeschraubt wird und eigentlich ein Dampfkessel ist, der den Druck erhöht. Wasser im Dampfkessel von Maschinen kocht ja auch nicht bei 100 Grad, sondern erst bei viel höheren Temperaturen, die steigen, je mehr Atmosphären Druck auf dem Kessel sind.

Änderungen im Zustande, also Schmelzen oder Verdampfen, das heißt Kochen, tritt nicht immer bei einem bestimmten Siedegrad ein, sondern ist abhängig vom umgebenden Druck. Bei weniger Druck gehört weniger Wärme dazu, bei viel Druck entsprechend mehr. Es ist ungefähr so, als ob der auf der Flüssigkeit liegende Druck das Aufwallen und Sieden verhindere.

Ankreiden und Abbürsten,

das war der ganze Wandel

Wie sieht es im Erdinnern aus?

Glutflüssige Masse oder Eisenkugel?

Wir kennen zwar die Erdoberfläche ziemlich genau, haben sie in fast allen Teilen durchforscht, anders jedoch ist es mit dem Erdinnern, von dem wir eigentlich nichts wirklich wissen. Zu erforschen gibt es dann nichts. Ungefähr 13 000 Kilometer ist der Durchmesser der Kugel, auf der sich unser Dasein abspielt. Der tiefste Bergwerkschacht, den Menschen anlegten, geht gerade etwas über einen Kilometer hinunter, und zwar in Vollenroda in Thüringen. Bohrlöcher hat man allerdings bis zur Tiefe von 3 270 Metern

Das natürliche Gemälde



Ein Maler sitzt auf weiter Flur
Und malt ein Bild nach der Natur.
Er mischt die Farben froh und gerne,
Das Rindvieh weidet in der Ferne.



Der Künstler hat sein Werk vollendet
Worauf er stolz den Rücken wendet.
Verlassen steht die Staffelei,
Neugierig kommt die Kuh herbei.



Der guten Blumen bunte Pracht
Scheint ihr zum Futter wie gemacht.
Und weil sie doch ein Rindvieh ist,
Sie kurzerhand die Farben frisst.



Hier kehrt der Maler nun zurück
Und steht mit schmerzumförmten
Betrübtlich wird ihm offenbar, [Blick
Das Kunstwerk zu natürlich war.

In früherer Zeit glaubte man, das ganze Erdinnere sei eine einzige feurig-flüssige Masse von ungeheurem Siedegraden. Man beobachtet ja beim Eindringen in den Erdboden eine zunehmende Erwärmung. Sie ist an verschiedenen Stellen des Erdkugels verschieden. Die Anzahl Meter, die man graben muß, damit die Temperatur um einen Grad steigt, bestimmt man als „geothermische Tiefentufe“. Im Durchschnitt kann man sagen: Bei je 100 Metern erreichter Tiefe wird es um drei Grad Celsius wärmer.

Wenn es nun wirklich bis zur Mitte immer so weitergeht, dann kommt man zu ganz ungemein hohen Siedegraden. Bei sechzig Kilometer Tiefe müßte Eisen schmelzen. 200 000 Grad für den innersten Erdkern wäre das Mindeste. Es würde nur der hundertste Teil der gesamten Erdmasse seine Oberfläche sein können. Wir würden demnach auf der dünnen Schale über einer furchterlichen Gluthölle leben. — — Wahrhaftig eine recht unangenehme und gefährliche An-gelegenheit.

Unzweifelhaft sind glutflüssige Massen im Erdinnern vorhanden, sie befreien sich ja gelegentlich, wenn ihre innere Spannung zu groß wird, durch die Sicherheitsventile der neuversteinenden Berge. Nun hat man jedoch durch Messungen mit seismographischen Instrumenten, mit Erdbeben-Messern, festgestellt, daß die Erschütterungen, die jedem Ausbruch voranzeugehen pflegen, aus keiner größeren Tiefe als vierzig bis fünfzig vierzig Kilometer kommen können. Tiefer kann

